

BOTSCHAFTERKONFERENZ 1972

Beilage XIII

Die Schweiz vor den Spannungen der Weltpolitik
und der Weltwirtschaft

Referat von Botschafter Dr. A. Weitnauer
Bernernhof, 1. September 1972, 10.45 Uhr

Lassen Sie mich meinen kleinen Vortrag mit einer grundsätzlichen Feststellung beginnen. So gross die Bemühungen über die Jahrhunderte gewesen sind, die Beziehungen zwischen den Nationen der Herrschaft des Rechtes zu unterstellen, so unbestreitbar gewisse beschränkte Erfolge auf diesem Wege erzielt wurden, so bleibt doch bestehen, dass aussenpolitische Verhältnisse noch immer vor allem und in erster Linie machtpolitische Verhältnisse sind. Nur dort, wo die Kongruenz der machtpolitischen Interessen es erlaubt, werden sie in verbindliche Rechtsordnungen umgesetzt. Man kann aufrichtig bedauern, dass dem so ist; es ernsthaft zu bestreiten, erscheint mir nicht möglich.

Die Machtverhältnisse in der Welt, mit denen wir zu rechnen haben, sind, wir wissen es alle, über die letzten Jahre recht kompliziert geworden. Es ist nicht mehr so, dass es nur gerade zwei Länder gibt, die wirklich zählen: die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, und dass sie die Welt durch ihren Antagonismus, das sogenannte "Gleichgewicht des Schreckens" zugleich beherrschen und vor dem Schlimmsten bewahren. Es hat sich ihnen eine dritte hinzugesellt: das kommunistische China. Urteilt man nach rein

./.



- 2 -

wirtschaftlichen Kriterien, so sind noch zwei andere Giganten nicht zu übersehen: die erweiterte EWG und Japan.

Zur Erfassung der machtpolitisch massgeblichen Länder und Ländergruppen lässt sich eine Anzahl Kreise denken, die sich teilweise überschneiden. In unserer geographischen Umwelt ist es zunächst der Kreis der westeuropäischen Länder: die erweiterte EWG der Zehn und die verbleibenden sechs EFTA-Länder. Es folgt das Europa vom Atlantik zum Ural (oder besser vom Atlantik bis zur Beringstrasse). Ueberschnitten wird dieser Kreis von der Atlantischen Partnerschaft, umfassend Westeuropa, die Vereinigten Staaten, Kanada und Japan. Dann gibt es den grossen, einen guten Teil der nördlichen Hemisphäre überhaupt umgreifenden Kreis "von Bering zu Bering", d.h. die Vereinigten Staaten und Kanada, Westeuropa, Osteuropa und die Sowjetunion, die Gruppe der Länder, die sich demnächst in der sogenannten Europäischen Sicherheitskonferenz zusammenfinden werden. Japan bildet einen Kreis für sich, dergleichen China. Beide ostasiatischen Hauptmächte aber haben ihre eigenen Beziehungen zur Sowjetunion, zu den übrigen osteuropäischen Ländern, zu Westeuropa und zu Amerika. Man sieht, es ist eine Fülle von Kraftfeldern, die sich vor dem aufmerksamen Beobachter aufzutut, der unseren Planeten nach seinen politischen Machtzentren durchforscht.

Für unser Thema sei soviel festgehalten, dass die Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion für uns noch immer die wichtigste aller weltpolitischen Konstellationen ist. In sie findet sich sowohl das wirtschaftlich integrierte Westeuropa wie die Atlantische Gemeinschaft wie auch das West-Ost-Problem eingebettet.

Zur Beurteilung der europäisch-amerikanischen Welt - mein Thema im engeren Sinne - gehe ich von einer Anzahl beherrschender Eindrücke aus, die ich wie folgt zusammenfassen möchte:

./.

1. Die Einstellung Amerikas gegenüber Westeuropa ist heute grundverschieden von derjenigen, die noch vor fünf Jahren vorwaltete. Sie ist überdies in hohem Grade paradox. Was in der Nachkriegszeit bis etwas über die Mitte der sechziger Jahre hinaus - der Abschluss der Kennedy-Runde am 30. Juni 1967 bildet hier einen gewissen Markstein - die amerikanische Haltung gegenüber Europa kennzeichnete, war ihre ausserordentliche Grosszügigkeit. Es war das reiche, durch sein europäisches Erbe geprägte Land jenseits des Ozeans, das aus dem Vollen spendete, um zunächst durch das Instrument des Marshallplans Europa zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg zu verhelfen. Es waren wiederum die Amerikaner, die nicht ruhten, bis die europäischen Währungen zur Konvertibilität zurückkehren konnten, und es war die prominente Rolle der Vereinigten Staaten, die den weltumfassenden Zollkonferenzen des GATT, von denen die Kennedy-Runde nur die letzte und bedeutendste darstellt, wesentlich mit zum Erfolg verhalf. Nicht nur konnten die Amerikaner den Grundsatz der Reziprozität voll akzeptieren; sie waren darüber hinaus bereit, auch die Diskrimination ihres Handels durch den in Europa sich herausbildenden wirtschaftlichen Regionalismus hinzunehmen, von dem sie sich allerdings - zu Unrecht, wie sich zeigte - einen politischen Gewinn versprachen.

Diese ihre Haltung konnten die Amerikaner mit der tiefen inneren Ruhe eines Landes an den Tag legen, dessen Handelsbilanz jahraus jahrein Milliardenüberschüsse abwarf. Das Defizit der Zahlungsbilanz, das Ende der fünfziger Jahre eingesetzt hatte, erschien demgegenüber nicht als gravierend.

Wenn sich das Bild geändert hat, so nicht deshalb - und aus diesem Grunde spreche ich von einem Paradox -, weil die Amerikaner unterdessen ärmer geworden wären, ganz im Gegenteil. Die USA haben in der europäischen Wirtschaft die runde Summe von 40 Milliarden Dollar angelegt. Sie stellen in ihren europäischen Produktionsanlagen immer mehr die Waren her, die sie früher aus ihrem eigenen

- 4 -

Lande nach Europa exportierten. Es wird geschätzt, dass die amerikanischen Unternehmungen in Westeuropa nahezu dreimal soviel produzieren, wie der amerikanische Export nach unserer Weltgegend ausmacht. Was Wunder, dass das Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz phantastische Beträge erklommen hat, dass der sogenannte "Eurodollar" ein Problem erster Ordnung darstellt, und dass nun auch die amerikanische Handelsbilanz stark passiv geworden ist (bis Ende Juli dieses Jahres hat das Defizit bereits vier Milliarden Dollar erreicht, und man rechnet mit einem Fehlbetrag für das ganze Jahr 1972 von etwa 6,5 Milliarden Dollar). Hand in Hand damit ging - und geht - eine protektionistische Welle, die in der zweiten Hälfte 1967 (gleich nach Abschluss der Kennedy-Runde) eingesetzt hat und auch heute kaum abgeebbt ist. Ihr politisches Gegenstück findet sie in einer Art Neo-Isolationismus, für das unvermeidlich immer wieder erhobene Begehren des Senators Mansfield nach einem massiven Abzug amerikanischer Truppen aus Westeuropa förmlich zum Symbol geworden ist.

Um auf die erwähnten wirtschaftlichen Symptome zurückzukommen, so sind sie keine Schwächezeichen der amerikanischen Wirtschaft. Sie sind vielmehr eklatante Charakteristika einer noch nie dagewesenen wirtschaftlichen Expansion Amerikas in Westeuropa. Die Amerikaner sind durch sie noch einmal reicher geworden, und dennoch ist die amerikanische Grosszügigkeit, von der ich sprach, völlig verschwunden. Sie ist einer wachsenden Gereiztheit, Ungeduld und zänkischen Uebellaunigkeit gewichen, die sich in ständigen Vorwürfen an die Adresse der europäischen Partner Luft macht. Die regionalen Präferenzvereinbarungen - wie z.B. die von uns jüngst mit der EWG abgeschlossene - werden von den Amerikanern mit scheelen Augen angeblickt, und man kann sich auf einen ungemütlichen Waffengang vorbereiten, wenn diese und parallele Abmachungen demnächst vor dem Forum des GATT behandelt werden müssen. Selbst vor der Forderung einseitiger Konzessionen an ihre europäischen Handelspartner sind die Amerikaner nicht zurückgeschreckt.

./.

- 5 -

Sie haben es über alle Zweifel klargemacht, dass in einer künftigen GATT-Runde die an früheren Veranstaltungen unerfüllt gebliebenen amerikanischen Wünsche - vor allem auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der nichttarifarischen Hindernisse - nun endlich befriedigt werden müssen.

2. Zweite Feststellung: Unter den europäischen Partnern Amerikas, d.h. in der Gemeinschaft der westeuropäischen Staaten, ist das nationalstaatliche Denken beherrschend geblieben. Die grossen Hoffnungen, die vor 20 Jahren von den Protagonisten der Idee eines europäischen Bundesstaates gehegt wurden, haben sich nicht erfüllt. Der beträchtliche Erfolg im Abbau wirtschaftlicher Schranken - die Herstellung des zollfreien Marktes der EFTA und der EWG - und, was die EWG im besonderen betrifft, die Schaffung einer gemeinsamen Agrarpolitik und der Versuch der Harmonisierung weiterer Politiken, haben sich nach den Methoden der Kooperation und nicht nach denen der Subordination unter übernationale Behörden vollzogen. Dass sich dabei vor allem die Brüsseler Gemeinschaftsverwaltung durch ihren Einfallsreichtum und ihre beharrliche Tüchtigkeit grosse Verdienste erworben hat, ist unbestritten.

Die Frage stellt sich, wohin des Wegs man nun weiter-schreiten will und kann. Man spricht von "Sachzwang" oder gar von "Sachzwängen", die gerade in der Auseinandersetzung mit dem grossen Partner in Uebersee die EWG endlich veranlassen werden, den kühnen Schritt zu supranationalen Herrschaftsformen zu tun. Ich gestehe, dass mir der Glaube an solche Entwicklungen fehlt. Wenn es in den letzten 20 Jahren einen Sachzwang für die EWG-Gemeinschaft gegeben hat, so war es angesichts der West-Ost-Konfrontation gewiss derjenige der politischen Einigung und der militärischen Stärke. Bezeichnenderweise versuchte man es zunächst mit dem Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, mit einem Konzept also, das ganz in diese Richtung ging. Aus dem Aufbau einer europäischen

./.

- 6 -

Streitmacht ist aber ebensowenig etwas geworden wie aus einer gemeinsamen westeuropäischen Aussenpolitik. Die Brüsseler Gemeinschaft hat mit andern Worten da, wo fundamentale Lebensinteressen des alten Kontinents auf dem Spiele standen, nicht den manchenorts gehegten hohen Erwartungen entsprochen. Ob dies, allgemein betrachtet, ein Unglück war, ist eine andere Frage. Ich selbst neige eher dazu anzunehmen, dass ein waffenstarrendes, politisch straff organisiertes Westeuropa der Entwicklung eines weltpolitischen Gleichgewichts nicht förderlich gewesen wäre. Dass heute Vicomte Davignon, seinem Auftrag gemäss, eine aussenpolitische Zusammenarbeit unter den Zehn in Gang zu bringen, die europäische Solidarität nur in homöopathischen Dosen verschrieben hat, stellt dem feinen politischen Sinn des Enkelsohnes des belgischen Ministerpräsidenten von 1914 ein gutes Zeugnis aus.

Wie aber soll dann die EWG der Zehn, wiederum mit rein wirtschaftlichen Instrumenten, diesmal das leisten, was unter eher günstigeren Begleitumständen die EWG der Sechs nicht zu vollbringen vermochte? Ich will hier keineswegs die Marktordnung für Setz- und Zwiebeln und das harmonisierte Berufsausübungspatent für Hebammen - Beispiele, denen Prof. Dahrendorfs "Wieland Europa" zu einer etwas diskutablen Berühmtheit verholfen hat - wieder hervorzerren; denn ich habe einen viel zu grossen Respekt vor dem, was die EWG in den fünfzehn Jahren ihres Bestehens zustandegebracht hat. Es sind die Methoden, um die es mir hier geht, nicht um die Leistungen. Die Methoden aber, die man anwendet, sind Emanationen des politisch Möglichen, d.h. etwas eminent Praktisches. In der praktischen Wirklichkeit Westeuropas aber hat der Nationalismus nicht abgedankt und ist meiner Ansicht nach auch nicht im Begriff abzudanken, dies trotz der grossen Aufgaben, die das Europa der Zehn ohne Zweifel noch gemeinsam zu bewältigen haben.

3. Nun mein dritter Punkt. Die Beziehungen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten sind ausgesprochen politischer Natur.

./.

- 7 -

Sie sind gekennzeichnet durch die Tatsache, dass ein grosser Teil der Länder Westeuropas - 9 von 10 EWG-Mitgliedern - mit Amerika in der nordatlantischen Verteidigungsallianz der NATO verbunden ist. In dieser Allianz ist Amerika der übermächtige Teil; Westeuropa hat der amerikanischen Rüstung in allen Bereichen - namentlich auch dem atomaren - nichts auch nur annähernd Gleichwertiges an die Seite zu stellen. Ueberdies stehen 300'000 amerikanische Soldaten an der strategischen Grenze gegenüber dem Osten und halten dort eine "Wacht am Rhein" neuen Stils.

Befindet sich somit Westeuropa in einem Zustand militärischer Abhängigkeit von der Schutzmacht Amerika, so ist andererseits die EWG dank ihrer Grösse und Kraft zu einem wirtschaftlichen Rivalen Amerikas geworden. Die Politik der EWG ist in manchen ihrer Aspekte für die Amerikaner ein peinliches Aergernis, dadurch zum Beispiel, dass sie eine der amerikanischen Agrarausfuhr sehr hinderliche gemeinsame Landwirtschaftspolitik aufgebaut hat und hartnäckig verteidigt, dass sie regionale Präferenzabkommen nicht nur mit der Rest-EFTA, sondern auch mit den angrenzenden Mittelmeerraumstaaten abgeschlossen hat, dass sie in der Währungspolitik sich keineswegs immer den amerikanischen Konzeptionen anzupassen gewillt ist und durch vieles andere mehr. Es hat auf amerikanischer Seite nicht an Hinweisen darauf gefehlt, dass die Vereinigten Staaten die Sicherheit Westeuropas garantieren und ihnen dafür auf wirtschaftlichem Gebiet eine den amerikanischen Wünschen entgegenkommende Haltung ihrer europäischen Partner als ihr gutes Recht zusteht. Die Europäer - vielleicht gerade darum, weil sie sich ihrer militärischen Schwäche und Abhängigkeit nur zu sehr bewusst sind - reagieren darauf nicht immer nur mit gedämpfter Empörung. Niemand wird bestreiten wollen, dass heute das amerikanisch-westeuropäische Verhältnis in hohem Grade gespannt ist. Eine Differenzbereinigung grossen Stils drängt sich auf. Sie wird unter entschieden politischen Vorzeichen stattfinden, werden doch in sie alle Elemente,

./.

die aussenpolitischen, die militärischen, die monetären und die wirtschaftlichen, ganz unvermeidlicherweise einbezogen werden.

4. Vollends politischer Natur ist die Auseinandersetzung, die an der Europäischen Sicherheitskonferenz bevorsteht. Sie wird beide Teile unseres Kontinents erfassen; doch werden auch die Vereinigten Staaten und Kanada daran teilnehmen. Es ist aber keineswegs eine Zusammenkunft, an der die Völker direkt oder indirekt beteiligt wären. Vor einer solchen Illusion sind besonders die zu warnen, die sich von der berühmten "détente" eine Auflockerung der menschlichen Beziehungen, eine grössere Freizügigkeit der Personen und Gedanken versprechen. Es ist eine Konferenz, veranstaltet von den Regierungen für die Bedürfnisse der Regierungen. Mit andern Worten: ein Diplomatentreffen klassischen Stils, dem Versuch gewidmet, ein "Europäisches Konzert", eine gesamteuropäische Welt in dem Rahmen der überaus beschränkten Möglichkeiten wiederherzustellen, die solchen Unternehmungen heute angesichts der unüberwindlichen Gegensätze in den Formen der Machtausübung - hier Autokratie, dort Demokratie - gesetzt sind.

Soweit die Analyse des Tatbestandes, auf dessen Hintergrund die komplexen Probleme der Versöhnung - denn darum handelt es sich - zwischen Westeuropa und Amerika anzugehen sind. Ich kann sie hier nur stichwortartig erwähnen.

Für die erweiterte EWG gilt es zunächst, nach Ankunft der Briten ein neues inneres Gleichgewicht, aber auch wenn immer möglich ein gemeinsames Konzept für die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit den Amerikanern zu finden. Desgleichen wird die EWG es irgendwie fertigbringen müssen, in den direkten Kontakten zwischen den beiden ganz Grossen - den USA und Russland - nicht einfach vergessen zu werden, sondern im Gegenteil, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, ihr Gewicht geltend zu machen. Alle diese Aufgaben sind überaus schwer lösbar, weil es um den Ausgleich na-

- 9 -

tionaler Interessen innerhalb der EWG geht, die durch kein übergeordnetes Ideal beherrscht werden. Dies erklärt mehr als hinlänglich die beträchtliche Nervosität, welche die Vorbereitung der EWG-Gipfelkonferenz von Ende Oktober umgibt. Man erwarte im übrigen nicht, dass die Briten dort als "deus ex machina" neue und unerhörte Lösungen vorschlagen werden.

Jedermann nimmt heute an, dass den Währungsfragen die erste Rolle zukommen wird. Für Frankreich ist dabei gewiss das Hauptmotiv die Wiederherstellung einer festen Berechnungsgrundlage für die Agrarpreise innerhalb der EWG. Für das grosse Währungsgespräch mit den Amerikanern aber denkt jedes einzelne der zehn Länder an die eigene Wirtschaft und ihre besonderen Erfordernisse. Wie sich daraus eine gemeinsame währungspolitische Doktrin entwickeln soll ohne eine sehr weitgehende Integration der EWG-Wirtschaftspolitik - eine wahrhaft herkulische Aufgabe - ist für den Augenblick unerfindlich.

In einem andern wichtigen Punkt, demjenigen der weiteren Liberalisierung des Welthandels, herrscht formell Einigkeit zwischen Amerika, Westeuropa und Japan. Alle drei Grossen des Welthandels haben sich darauf verpflichtet, im kommenden Jahr auf eine neue Verhandlungsrunde im GATT einzutreten. Das GATT-Sekretariat hat seinerseits alle Vorbereitungen tatbeständlicher Art getroffen, die nötig sind, um das Verhandlungsmaterial zu durchdringen und die sich stellenden Probleme klar herauszuschälen. Doch auch hier sind für die Hauptaktoren gesamtpolitische Erwägungen ausschlaggebend. Kann z.B. Amerika es sich leisten, mit einem - nehmen wir an - wiedergewählten republikanischen Präsidenten und noch immer einem Handelsbilanzdefizit von etlichen Milliarden, Verhandlungen mit mächtigen Wirtschaftspartnern aufzunehmen, die sich das Prinzip der Reziprozität, des Gleichgewichts der Leistungen und Gegenleistungen, unter keinen Umständen werden abdingen lassen? Ist die EWG bereit, in der heiklen Uebergangsphase nach der Aufnahme von

./.

- 10 -

vier Neumitgliedern, wo die Konsolidierung des eben erst mühsam Erreichten die Losung sein muss, Grundelemente ihres Daseins, wie z.B. die gemeinsame Agrarordnung, in internationalen Verhandlungen zur Diskussion zu stellen? Hat Japan den Prozess der Befreiung von archaischen Denkgewohnheiten genügend durchlaufen, um eine durchwegs liberale Zollpolitik, die Abschaffung aller industriellen Einfuhrkontingente, die Ausräumung aber auch aller Hindernisse, die sich zur Zeit noch ausländischen Investitionen entgegenstellen, in Kauf zu nehmen?

Dies alles sind gewichtige Fragen, die mich mit Bezug auf eine neue GATT-Runde sehr skeptisch stimmen. Ich glaube nicht, dass im Jahre 1973 ernsthaft mit der Aufnahme von Verhandlungen gerechnet werden kann, auch wenn die Amerikaner die Konsolidierung der Weltwährungsordnung vom gleichzeitigen Beginn handelspolitischer Gespräche abhängig gemacht haben. Man könnte sich sehr wohl denken, dass das gegenwärtig geltende Provisorium - ein höchst prekäres Gleichgewicht - noch lange Zeit weiter andauert, hin und wieder unterbrochen von Abenteuern kleineren oder grösseren Ausmasses, die von den Streifzügen des "Fliegenden Holländers" der modernen Zeit, dem Dollar, oder aber den Egoismen der nationalen Wirtschaftspolitik anderer Länder ihren Ausgang nehmen.

Ueberraschungen auch in der guten Richtung sind allerdings nie ausgeschlossen. Es hat gerade in der westlichen Welt immer wieder Momente gegeben, in denen die "hommes de bonne volonté" sich zu kühnen, konstruktiven Lösungen zusammenfanden, wenn das Gesamtinteresse aller dafür sprach. Jedenfalls fehlt es nicht an Organisationen, in denen diese Länder und Leute guten Willens sich treffen können, ist man doch gerade erst im Begriff, eine weitere solche Vereinigung, die "Gruppe der Zwanzig" zu schaffen.

Dies ist die Welt, in der unser Land nach Abschluss des Brüsseler Abkommens seine Aussenpolitik der Zukunft und insbeson-

./.

- 11 -

dere seine Beziehungen zu beiden Teilen Europas und zur Atlantischen Gemeinschaft zu gestalten hat. Um dieser Forderung zu genügen, gibt es kein besseres Rezept als das Prinzip, das neben der immerwährenden Neutralität unsere Aussenpolitik stets gekennzeichnet hat: die schweizerische Staatsraison.

Akzeptieren wir diese Leitregel, so kann es uns nicht schrecken, dass wir offenkundig einer grossen aussenpolitischen Bewährungsprobe entgegengehen. Nur desto kaltblütiger müssen unsere Ueberlegungen sein, wenn es sich nun darum handelt, in dieser Welt, wo "die Würfel eisern fallen" und schicksalsschwere Auseinandersetzungen zwischen den ganz Grossen im Gange sind, unseren eigenen Platz zu bestimmen.

Auf mein Thema im engeren Sinne angewendet bedeutet dies, dass wir uns stets des politischen Charakters der Probleme bewusst sein müssen, die nun zwischen Westeuropa und Amerika einerseits, zwischen West und Ost andererseits zur Debatte stehen. Zu Optionen irgendwelcher Art besteht für uns kein Anlass. Wir haben nicht die europäische Karte zu spielen, um damit unseren Teil Druck auf Amerika beizusteuern oder die amerikanische Karte und damit unsere europäischen Zusammenhänge zu verleugnen. Aber auch jede Frontstellung gegenüber dem Osten würde der schweizerischen Staatsraison widersprechen.

Wir können die hier skizzierte Politik umso eher betreiben, als wir in unseren auswärtigen Beziehungen unter keinerlei Zeitdruck stehen. Dies ist die grosse Entlastung, die uns der Abschluss mit der EWG gebracht hat. Wenn wir somit unsere Stellung schön in der Mitte einnehmen, wie ich es zu beschreiben versuchte, so haben wir doch einen gewissen "Nachholbedarf" in unseren atlantischen Beziehungen zu stillen. Wir sind zwar Mitglied der OECD seit ihrer Gründung; aber wir haben uns bisher nicht den Bretton-Woods-Institutionen, d.h. dem Internationalen Währungsfonds und der

./.

- 12 -

Weltbank, angeschlossen. Diesen Schritt zu vollziehen erscheint mir als eine der ersten Prioritäten der schweizerischen Politik. Dass wir darüber hinaus die internen Entwicklungen in der EWG genau verfolgen werden, da wir gewiss keine Gelegenheit verpassen wollen, soweit dies in unserem Interesse ist, an der Lösung praktischer Fragen unserer europäischen Umwelt mitzuwirken, ist selbstverständlich. Ebenso aber liegt es auf der Hand, dass - für ein Land, das 40 % seines Exports nach Uebersee entsendet - die welthandelspolitischen Zusammenhänge uns nie ungerührt lassen können, so wenig wie die Postulate einer vernünftig konzipierten Entwicklungspolitik.

Eine letzte Frage: Kann die Schweiz im Bunde mit andern Ländern zur Vertretung gemeinsamer Interessen auftreten? Mit der EFTA-Solidarität haben wir nicht die besten Erfahrungen gemacht; aber die EFTA war für Bündnispolitik wohl ein ungeeignetes Objekt. Auch die Rest-EFTA scheint sich mir für derartige Versuche nicht zu eignen. Es bleibt die Vertiefung des bilateralen Vertrauensverhältnisses zu Oesterreich, das sich recht gut angelassen hat. Im Rahmen des GATT hat sich die Schweiz einer Fünfergruppe angeschlossen, in der Japan die führende Macht darstellt; weitere Mitglieder sind Schweden, Kanada und Australien. Meine für das GATT zuständigen Kollegen in Bern wollen die Wichtigkeit dieser Gruppierung - gewiss mit Recht - nicht überbetonen, und sei es auch nur wegen des "sacro egoismo" jedes einzelnen dieser Länder, sobald nationale Lebensinteressen auf dem Spiele stehen. Aber es ist hier eine Handhabe gegeben, in den engeren Führungskreis der GATT-Organisation vorzustossen, und diese Ueberlegung mag auch für andere Fälle wegweisend sein.

Wenn alles gesagt ist, so finden wir uns schliesslich auf die sorgsame Pflege der eigenen Kraft zurückgewiesen. Hierin liegt die ausserordentliche Bedeutung der innenpolitischen Probleme, die ich nun sozusagen als "Auslandsschweizer" aufmerksam beobachte. Dass

./.

- 13 -

wir sie so umsichtig zu lösen versuchen, ist uns allen Gewähr für die Respektierung der alten Erfahrungsregel, dass ein Land nach aussen nur gerade so stark sein kann, als die Gesundheit seiner inneren Zustände es ihm gestattet.

* * *